

POLIZEI

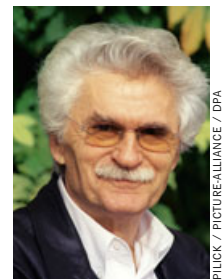
„Stille Komplizenschaft“

Dieter Schenk, 71, Honorarprofessor an der Universität Lodz und jahrelang beim Bundeskriminalamt tätig, löste mit seinem 2001 erschienenen Buch „Die braunen Wurzeln des BKA“ eine Diskussion über die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit deutscher Spitzenpolizisten aus.

SPiegel: Das BKA lässt Sie nicht los. Jetzt schreiben Sie über dessen Unterstützung für Folterregime*. Wie sieht diese nach Ihrer Ansicht denn aus?
Schenk: Millionen an Steuergeldern werden jährlich ausgegeben, um in Unrechtsstaaten wie Indonesien, der Türkei oder der Ukraine die Polizeien auszurüsten oder sie auszubilden – angeblich, um dort einen Demokratisierungsprozess einzuleiten. Doch das ist ein Etikettenschwindel. Es wird weiter gefoltert, und Berlin zahlt weiter.

SPiegel: Heftig kritisieren Sie die Rolle, die das BKA in der Führungsetage von Interpol spielt.

Schenk: Einer der Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes ist gleichzeitig Interpol-Vize, er sitzt im Exekutivkomitee, einer Art Aufsichtsrat, Seite an Seite mit hohen Polizeioffizieren, in deren Ländern Menschenrechte mit



PILICK / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Füßen getreten werden. Doch dieses Thema ist ein Tabu. Das darf nicht sein.

SPiegel: Warum schweigt der Vertreter eines Landes, das Geldgeber ist und damit einflussreich?

Schenk: Weil eine reibungslose polizeiliche Zusammenarbeit oberste Priorität genießt und höher eingestuft wird als die Beachtung der Menschenrechte.

SPiegel: Sind denn BKA-Beamte im Ausland an Menschenrechtsverletzungen beteiligt?

Schenk: Nein, das behaupte ich nicht. Ich prangere eine stille Komplizenschaft an, und das bedeutet, dass deutsche Polizisten nicht aktiv gegen Folterverbrechen vorgehen. Die Mauer des Schweigens muss beseitigt werden. Wenn in mehr als der Hälfte aller Interpol-Staaten gefoltert oder missandelt wird, dann hat die Bundesregierung Konsequenzen zu ziehen.

* Dieter Schenk: „BKA – Polizeihilfe für Folterregime“. Verlag J. H. W. Dietz, Bonn; 400 Seiten; 28 Euro.



Airbus A400M (in Sevilla)

CRISTINA QUICLER / AFP

RÜSTUNG

Aus für Militär-Airbus?

Der Luftfahrt- und Rüstungskonzern EADS droht mit dem Abbruch der Entwicklung des neuen Militärtransporters A400M, falls die sieben europäischen Käufer-Nationen finanziell nicht entgegenkommen. Das Projekt, das wegen technischer Probleme in Verzug geraten ist, bereite EADS „beträchtliche Schwierigkeiten“, schrieb Konzern-Chef Louis Gallois in einem Brief an Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU). EADS habe bereits den „erwarteten Profit“ aus dem Verkauf von 180 Maschinen „investiert“ und zusätzlich weitere 1,4 Milliarden Euro bereitgestellt. Die A400M sei ein „hochgradig negatives Geschäft“ und belaste die weltweite finanzielle „Performance“ des Konzerns. „Die Lage kann in den kommenden Monaten unhaltbar werden“, droht Gallois, „wenn wir uns nicht gemeinsam auf ein zufriedenstellendes weiteres Vorgehen einigen können.“ Der Konzern verlangt von den Bestellern den Verzicht auf hohe Strafzahlungen, die fällig werden, wenn EADS das Flugzeug verspätet liefert. Die Firma spricht bislang von einer Verzögerung von sechs bis zwölf Monaten. Mindestens zwei Jahre Verzug erwarten dagegen Experten der Bundeswehr, die im französischen Toulouse die Entwicklungsarbeit überwachen. Trotz des Gallois-Briefes will das Verteidigungsministerium, das 60 Maschinen im Wert von weit über acht Milliarden Euro bestellt hat, hart bleiben. Über finanzielle Zugeständnisse könne man erst dann verhandeln, beschied Rüstungsstaatssekretär Rüdiger Wolf vergangene Woche einen EADS-Emissär, wenn der Konzern einen verbindlichen Liefertermin nenne.

SPD

Aussprache im Bundesrat

Kurt Beck, zurückgetretener SPD-Chef, und sein designierter Nachfolger Franz Müntefering haben sich am Freitag in Berlin zu einem Vieraugengespräch getroffen. Aus Parteikreisen hieß es, Müntefering sei wichtig, dass Beck auch künftig in der SPD eine bedeutende Rolle spiele. Es gehe darum, konstruktiv zusammenzuarbeiten. Etwaige Streitigkeiten sollten der Vergangenheit angehören. Das Gespräch am Rande der Bundesratssitzung war auf Wunsch von Müntefering zustande gekommen. Beck-Anhänger werfen Müntefering vor, in den vergangenen Monaten gegen den Parteichef gearbeitet zu haben. Müntefering weist dies zurück.

UMWELTPOLITIK

Ideen abgezweigt

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) fühlt sich von der Deutschen Energie-Agentur (Dena) hintergangen. Dena-Geschäftsführer Stephan Kohler habe Ideen aus einem Auftragsprojekt für das Umweltministerium abgezweigt und im Namen von Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) veröffentlicht, heißt es im Umweltministerium. Dies sei „höchst befremdlich“. Begonnen hatten die Differenzen zwischen Gabriel und Kohler mit einer Dena-Studie über eine drohende Stromversorgungslücke. Gabriels Fachleute halten das Urteil für unzutreffend.